

# Amts- und Anzeigebatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

### Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließlich  
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsern Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

### Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinplatige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Theile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

Nr. 136.

49. Jahrgang.

Dienstag, den 18. November

1902.

### Stadtverordnetenwahl.

Mit Ende dieses Jahres scheiden aus dem Stadtverordneten-Collegium aus die Herren:  
Stickmaschinenbesitzer Hermann Auerswald,  
Agl. Oberförster Otto Richard Bach,  
Kaufmann Gustav Dieck,  
Baumeister Oswald Kieß,  
Kaufmann Alban Männel,  
Schlossermeister Eduard Borst,  
Musterzeichner Max Scheffler.

Da von den im Amte verbleibenden Stadtverordneten 9 ansässig und 5 unansässig sind, nach dem Ortsstatute dem Stadtverordneten-Collegium aber mindestens 11 ansässige und 6 unansässige Bürger anzugehören haben, so müssen von den zu wählenden 7 Stadtverordneten mindestens 2 ansässig und mindestens 1 unansässig sein.

Als Wahltag ist

Montag, der 8. Dezember 1902

anberaumt worden.

Die stimmberechtigten Bürger hiesiger Stadt, welchen Stimmzettel einige Tage vor der Wahl zugehen werden, werden daher hiermit aufgefordert, an diesem Tage von **Vormittags 9 Uhr ab bis Nachmittags 1 Uhr** ihre Stimmzettel, auf welchen nach Vorstehendem die Namen von 7 wählbaren Bürgern, von denen mindestens 2 ansässig und mindestens 1 unansässig sein müssen, zu verzeichnen sind, im Rathausssaal vor dem versammelten Wahlausschusse persönlich abzugeben.

Die aufgestellte Liste der Stimmberechtigten und der Wählbaren liegt **vom 18. November, diesen Tag eingerichtet, bis mit 1. Dezbr. 1902** zur Einsicht am Rathausstelle aus, und steht es jedem Bevölkerung frei, **bis zum Ende des siebenten Tages nach Bekanntmachung und Beginn der Auslegung** gegen die Wahlliste beim unterzeichneten Stadtrath schriftlich oder mündlich Einspruch zu erheben.

Eibenstock, am 15. November 1902.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Müller.

### Zum Bußtage.

19. November.

Buße soll heute gehalten werden im Geist und in der Wahrheit: Nicht aus jener falschen Auffassung heraus, die nach der Zahl der Seufzer und Worte, nach der Länge der Vertheuerungen die Aufrichtigkeit der Neue bemüht und dem bührenden Herzen seinen Anteil an der Gnade zuweist. Die Buße soll vielmehr erfolgen durch eine gründliche Auslehr des ganzen inneren Menschen, indem er sich im stillen Kammerlein mit Gott auseinandersetzt und sich giebt, wie er ist, in schmungelnder Selbsterkenntnis und Selbstverurteilung, mit all seinen Schwächen, Fehlern und Sünden. Durch die Buße soll der Seele zutheil werden, was höher ist denn alle Vernunft: der Friede.

Es gibt keine Zeit, die geeigneter wäre, ernste Gedanken zu weden und den Blick von außen nach innen zu richten, als der trübe November-Monat, unmittelbar vor dem Scheiden des Kirchenjahrs, vor dem Sonntage, der dem Gedächtniss der Heimgegangenen geweiht ist. Und wenn in die Stille des herbstlichen, sonnenmüden, sterbensnahen Landes hinein plötzlich die Glocken hallen, als wenn sie mit ihren wuchtigen Tönen zumalmen wollten, was im Staube friest, dann hält wohl mancher auch von denen den Fuß an, die sonst gleichgültig oder mit spöttischem Lächeln an den Pforten vorüberreisen, hinter denen eine fremde höhere Welt ihre ewigen Geheimnisse verborgen hält. In einem solchen Augenblick finden sich Viele zurück zu der längst verlassenen Bahn eines innerlichen Lebens und einer besseren Erkenntnis, die in der reinigenden und heilenden Buße wurzelt.

Die heidnische Welt wußte dem Schuld bewußtsein keinen besseren Trost zu geben, als die persönliche Abfindung mit der geschehenen That als etwas Unbedeutliches in Verbindung mit dem philosophischen Streben nach einem seelischen Zustande, dessen Ideal sich in der vollkommenen Gleichgültigkeit gegen Alles verlorpte. Die fiebernde Sehnsucht nach der Ruhe des Gewissens brannte zwar auch der alten Welt in die Seele, aber sie vermochte dem dunklen inneren Drange nicht gerecht zu werden, weil ihr das Heilmittel der Buße fehlte, dessen Segen erst mit dem Christenthum wie lindernder Balsam auf die seelischen Leiden der Menschen herabdräufelte. Auch der unglaubliche moderne Mensch steht unbewußt unter dem Einfluß dieser gewaltigen christlichen Gnadenmittel. Wenn ihn die Last seiner Schuld zu zerstören droht, so braucht er nur die Hand gläubig und lehnd auszustrecken, und er wird an dem Heilschilde teilnehmen, der in der wahrhaftigen Buße ruht. Vor Gott giebt es Sühne für jede Schuld, sei sie auch noch so groß, wenn nur die Neue aufrichtig ist: das ist das erlösende Bewußtsein, das uns das Christenthum gebracht hat und das heute seine ernste ergreifende Sprache zu uns redet.

Die Buße bringt aber nicht nur die Menschen Gott nahe, sondern sie öffnet auch die Herzen der Menschen für einander, weil sie demütig und beschieden macht durch die Erkenntnis der eigenen Fehler. Sie bringt so den Menschen dahin, seinen Mitmenschen gegenüber die höchste und edelste Tugend, die von aller Überhebung freie Duldsung zu üben, die sich auch dem scheinbar Schuldigsten gegenüber zu dem Grundsatz bekennt: „Alles versteht Alles verzeihen!“ So kommt für die rechte Wirkung

der Buße Alles auf innere Heiligung des Menschen hinaus. Mit Laufen ist nichts gethan, wenn nicht die Seele auf den Schwingen des Glaubens zum Himmel zu fliegen und sich mit der bührenden Demuth zu erfüllen versteht, die die Grundlage aller Gottes- und Menschenliebe bildet, die Kleine groß macht, Große über sich selbst erhebt, und bei deren Mangel selbst die höchste menschliche Größe bestensfalls nur als ein Juwel ohne Schliff und Fassung bewertet werden kann.

### Der Antrag Reichsbücher,

wonach die Abstimmungen nicht mehr durch Namens-Aufzuf, sondern durch Abgabe von Zählsarten vorgenommen werden, was eine Zeit-Ersparnis von 20–25 Minuten für jede Abstimmung ergibt, ist, wie bereits in unserer Sonnabend-Nummer telegraphisch gemeldet, am Freitag vom Reichstage nach stürmischen Debatten angenommen worden. Damit ist ein wichtiger Schritt gegen die fühlstliche Verschiebung der zweiten Lefung über den Zolltarif gethan; ob ihm noch weitere dieser Art, d. h. Änderungen der Geschäfts-Ordnung folgen werden, hängt von dem Verhalten der Opposition einerseits und von der Energie der Mehrheits-Parteien anderseits ab.

Noch immer geben sich einzelne Blätter der Linken die Mühe, die Obstruktion, d. h. den Versuch, die ordnungsmäßige Erledigung der Vorlage durch künftliche Mittel zu verhindern, in Abrede zu stellen und ihrem Lesern die Vergewaltigung der Minorität durch die Mehrheit einzureden. „Was bezwecken denn solche drei bis vierständigen Dauerreden anderes wie Obstruktion? Das ganze Gebährden der Dauerredner und die Art ihrer Ausführung läßt darüber nicht den mindesten Zweifel zu. Solche Dauerreden sind nicht nur an sich eine Karikatur der parlamentarischen Verhandlungsweise, sondern schädigen gerade die Opposition gegen den Zolltarif aufs äußerste, denn seitdem derartige Dauerreden begonnen haben, hat jede sachliche Verhandlung über die einzelnen Fragen der Vorlage im Reichstage vollständig aufgehört. Auf der einen Seite sucht man die Verhandlungen in jeder Weise aufzuhalten und auf der andern Seite in jeder Weise zu beschleunigen. Man kämpft um die Zeit, aber nicht mehr um die Sache.“ Diese Sätze sind einem Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ des Abg. Richter entnommen. Sie zeigen, daß die Gegner doch gegen den agrarischen Tarif den Führer der Freisinnigen Volkspartei nicht blind gegen die Gefahren gemacht hat, die für den Reichstag selbst mit der Obstruktion verbunden sind, was schon der Reichskanzler Graf v. Bülow warnend hervorgehoben hatte.

Mögen auch für den Abg. Richter taktische Berechnungen mitspielen — die Wahlparole: gute Handelsverträge ist ihm lieber als die von den Sozialdemokraten im „Brotwucher“ entstelle Parole gegen den Zolltarif —, so bleibt doch anzuerkennen, daß er die „Karikatur der parlamentarischen Verhandlungen“ nicht mitmachen wollte und ihre Wirkung auf die Mehrheitsparteien vorausgesehen hat. Die führenden Blätter der Konservativen und des Centrums, „Kreuzzeitung“ und „Germania“, bestätigen, daß das Vorgehen der Sozialdemokraten erfreulicherweise dazu beigetragen hat, die Mehrheit fester zusammenzuschließen und einer Verständigung die Wege zu ebnen. Noch freilich ist der Zolltarif nicht über den Berg! Denn gelingt es auch, der

Die Herren: Bahlig, Hermann Bruno, Maschinensticker,  
Günthel, Louis, Stickmaschinenbesitzer,  
Hagert, Julius Paul, Kaufmann,  
Hänel, Ernst Hermann, Stickmaschinenbesitzer,  
Klemm, Max Johannes, Kaufmann,  
Meichsner, Alban Friedrich, Restaurateur,  
Angethüm, Ernst Gustav, Klempner,  
Weigel, Ernst Friedrich, Stickmaschinenbesitzer,  
Weiß, Ernst Alban, Bierträger,  
Weiß, Ernst Gustav, Zimmermann,

sind heute als Bürger der Stadt Eibenstock verpflichtet und aufgenommen worden.

Eibenstock, den 17. November 1902.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Müller.

### Generalversammlung der Ortskrankenkasse für das Handwerk und sonstige Betriebe zu Eibenstock

Dienstag, den 25. November 1902, Abends 19 Uhr  
in Bretschneider's Conditorei.

#### Tagesordnung:

- 1) Neuwahl der auscheidenden Herren Vorstandsmitglieder.
- 2) Wahl des Rechnungs-Prüfungs-Ausschusses.
- 3) Eventuell Weiteres.

Die Herren Arbeitgeber und stimmberechtigte Arbeitnehmer werden ersucht, sich hierzu recht zahlreich einzufinden zu wollen.

Eibenstock, am 17. November 1902.

Der Vorstand.

Dr. Ott, Vorsitzender.

### Obstruktion Herr zu werden, so bleiben doch vorläufig noch die von der Regierung als unannehmbar bezeichneten Kommissionsbeschluße und der Widerstand der Vertreter des Bundes der Landwirthe gegen die Vorlage bestehen. Es kommt also immer noch darauf an, zu verhindern, daß der Zolltarif an den agrarischen Ueberforderungen scheiterte.

### Tagesgeschichte.

Deutschland. Berlin, 15. November. In einem inspirierten Artikel über die Englandreise des Kaisers sagt die „Post“ u. A.: „Schon die Thatache — dies ist nicht mit Unrecht gesagt worden —, daß Balfour nach seinem eigenen Zugeständniß sich durch den Besuch des Kaisers zu einer verblümlichen Behandlung des Verhältnisses Großbritanniens zum Deutschen Reich gestimmt sah, muß unter allen Umständen als ein praktischer Erfolg der Reise angesehen werden. Bereits ist ein großer Theil der englischen Presse der von dem britischen Minister ausgegebenen Lösung gefolgt und hat dadurch zu einer größeren Verhüllung der Gemüther im Inselkreise beigetragen. Dies gehört zu den moralischen Ergebnissen der Englandfahrt, die nicht hoch genug angeschlagen werden können. Auf solche war es ja allein abzusehen, da Verhandlungen über politische Abmachungen, Verträge oder Bündnisse jeder Art von Anfang an bei dem Besuch als ausgeschlossen galten. Resultate, die sich in irgend welchen internationalen Vereinbarungen ausprägen, hat also der Besuch nicht. Von höherem Werth für die Zukunft beider Völker ist jedoch die Verbesserung der zwischen ihnen herrschenden politischen Stimmung, also das Nachlassen einer gewissen Spannung der öffentlichen Meinung haben und drücken, was auch dem Verhältnisse beider Regierungen zu einander zugute kommen muß. Die Reise hat also wieder einmal vor aller Welt klar und deutlich bewiesen, daß England und Deutschland, wenn auch nicht alle Verstimmungen und Reibungen ferngehalten werden können, doch zur Beseitigung solcher temporären Differenzen keinesfalls der bevorstehenden Einwirkung Dritter bedürfen. Beide Länder werden — und das ist ein erfreuliches Bewußtsein — stets den direkten Weg zur Aussprache selbst finden. Das ist das wichtigste Resultat der Kaiserreise.“

Wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, wird zum heutigen Ausgleiche des Reichsdefizits, und zwar sowohl es 100 Millionen Mark übersteigt, zu dem Auskunftsmitteil einer Ergänzungsanleihe geschritten werden. 100 Millionen sollen durch Ausschreibung ungedeckter Matrikularkontingente aufgebracht werden. Diese Aussicht ist für die Einzelstaaten eine höchst peinliche. Als vor nunmehr fast zehn Jahren der erste Plan zu einer Reichsfinanzreform austrat, ward darin vorgesehen, daß jährlich 40 Millionen vom Reich den Einzelstaaten herausgezahlt werden sollten; später wollte man sich damit begnügen, daß sich die Matrikularkontingente und die Überweisungen die Waage halten müßten; tatsächlich haben seither die Einzelstaaten nur selten und relativ geringe Beiträge drauf zahlen müssen. Sollen sie jetzt 100 Millionen mehr an das Reich zahlen, so bringt das wenigstens bei den unglücklicheren Klein- und Mittelstaaten die ganze Finanzwirtschaft in Unordnung, und man kann auf die schärfsten Proteste gefaßt sein. Es zeigt sich wieder einmal, wie unumgänglich die endliche